Presseinformation - 859/10/2019

Pressestelle Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
oder 0211 837-1151

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Sperrfrist: heute, 18. Oktober 2019, 12.00 Uhr

7. Berliner Runde zur Zukunft der Pflege

Minister Laumann und Sozialministerin von Rheinland-Pfalz luden zur Diskussion ein / Thema: Digitalisierung – DIE Lösung für den Fachkräftemangel?!

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

„Digitalisierung – DIE Lösung für den Fachkräftemangel?“ – diese Frage wurde in der 7. Berliner Runde zur Zukunft der Pflege diskutiert, zu der die rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und der nordrhein-westfälische Sozialminister Karl-Josef Laumann eingeladen hatten. In der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin befassten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit verschiedenen Beispielen für den Einsatz von Technik im Bereich der pflegerischen und präventiven Versorgung. Die Hauptreferenten Maxie Lutze von der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH in Berlin, Dr. Melissa Henne, Leiterin des Projekts Bethel.regional in Düsseldorf, und Prof. Dr. Manfred Hülsken-Giesler von der Universität Osnabrück tauschten sich über die Chancen und Risiken der Digitalisierung aus und sprachen über Hoffnungen und Ängste, die für Betroffene und ihre Angehörigen damit verbunden sind.

Der nordrhein-westfälische Staatssekretär Edmund Heller machte deutlich, dass die Digitalisierung der Pflege nur dann erfolgreich zum Wohle aller gestaltet werden kann, wenn so viele Akteure, Beschäftigte und betroffene Menschen wie möglich in den Prozess einbezogen werden: „Technischer Fortschritt kann die professionell Pflegenden von Routineaufgaben und -arbeit befreien, so dass mehr Zeit für Zuwendung bleibt. Pflegekräfte haben ihren Beruf gewählt, um mit Menschen zu arbeiten – nicht mit Robotern. Es braucht Transparenz, Mitbestimmung und Beteiligung, um ‚die Offenheit gegenüber Neuem‘ und die Chancen der Digitalisierung für die Versorgung pflegebedürftiger Menschen zu sichern“, erklärte der nordrhein-westfälische Staatssekretär.

„Digitalisierung und künstliche Intelligenz können und werden die Arbeitswelt verändern. Dies bringt für die unterschiedlichen Arbeitsbereiche einen großen Bedarf an Qualifizierung und Weiterbildung mit sich. Daher muss die berufliche Aus- und Weiterbildung Schritt halten, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, aktuelle und zukünftige berufliche Situationen erfolgreich zu bewältigen. Die Vorträge durch die Expertinnen und Experten sowie die präsentierten Projekte haben einen Eindruck von der Bandbreite gegeben, die Digitalisierung in der Pflege eröffnet. Sie berührt sehr sensible Bereiche, in denen wir als Gesellschaft kontinuierlich aushandeln müssen, welche Rolle digitale und technische Instrumente übernehmen sollen. Schon heute existiert beispielsweise für künstlich intelligente Systeme zur Unterstützung in der Haushaltsführung eine große Akzeptanz, da dadurch ältere oder pflegebedürftige Menschen länger zuhause wohnen bleiben können“, sagte Joachim Speicher, Abteilungsleiter im rheinland-pfälzischen Sozialministerium.

„Wichtig bei aller Unterstützung und Übernahme von Tätigkeiten ist, dass die Selbstbestimmung und Autonomie von Menschen mit Pflegebedarf erhalten bleibt; dass menschliche Zuwendung und gegenseitige Wertschätzung, die für mich eine qualitativ hochwertige Pflege ausmachen, immer Grundlage allen Handelns sind. Sie sollen und dürfen nicht durch Algorithmen einer Maschine ersetzt werden“, so Speicher.

„Die Verantwortung für die Gesundheit oder Würde eines Menschen kann nicht einem Roboter überlassen werden. In der Pflegesituation kommt es auf Erfahrung und Einfühlungsvermögen an. Pflege ohne qualifizierte Fachkraft, das geht nicht“, ergänzte Heller.

Das jährlich stattfindende Format der Berliner Runde soll dem länderübergreifenden Austausch zu kritischen Themen dienen und zu gemeinsamen Lösungen beitragen. Eingeladen werden Expertinnen und Experten, die Ansätze aus unterschiedlichen Perspektiven diskutieren. Die von den Sozialministerien in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz initiierten Berliner Runden richten sich an Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern, Organisationen der Pflege und Selbsthilfe wie auch die interessierte Öffentlichkeit.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Telefon 0211 855-3118.

Dieser Pressetext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung www.land.nrw

Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien